



Antrag

Vorlage Nr.: AN/028/2020

Einreicher:	Thrum, Uwe AfD-Fraktion	Datum:	15.06.2020
-------------	----------------------------	--------	------------

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
----------------	--------	------------

Kreistag des Saale-Orla-Kreises	06.07.2020	Ö
---------------------------------	------------	---

Antrag der AfD-Fraktion bzgl. Stabsstelle Ausländerwesen/Integration

Beschlussvorschlag:

„1. In Vollzug der Haushaltssatzung des Saale-Orla-Kreises für das Haushaltsjahr 2020 wird der Landrat beauftragt, beim Freistaat Thüringen einen bei Leistungen des Saale-Orla-Kreises nach dem AsylbLG im Einzelplan 4 des Verwaltungshaushaltes des Haushaltsplanes als Anlage zu seiner Haushaltssatzung ausgewiesenen Zuschussbedarf für die Haushaltsjahre 2018 i. H. v. 115.550,00 € und 2019 i. H. v. 57.100,00 € unverzüglich einzufordern und dem Kreistag hierüber fortlaufend in Schriftform zu unterrichten.

2. Die personalkostenintensive "Stabsstelle Ausländerwesen/ Integration" wird aufgelöst. Eingesparte Personalkosten hierfür werden der allgemeinen Rücklage mit Zweckbindung für Investitionen in die medizinische Infrastruktur im Landkreis zugeführt.“

Sachverhalt:

Der Unterzeichner hat im Zuge der Haushaltsberatungen des Kreistages des Saale-Orla-Kreises für das Haushaltsjahr 2020 zu einer übergebenen Übersicht zum Verwaltungshaushalt des Haushaltsplanes für den Einzelplan 4, Bereich "Asyl", mit einem Fehlbetrag (Zuschussbedarf) i. H. v. insgesamt 806.000,00 € im Monat Mai 2020 Anfragen an den Landrat übergeben. Diese Anfragen wurden vom Landrat mit Schreiben vom 03. Juni 2020 beantwortet. Allerdings ist die Antwort zu den Aufwendungen des Saale-Orla-Kreises für eine "Stabsstelle Ausländerwesen/ Integration" nicht zielführend, da sie auf ein hier bestehendes Einsparpotential nicht eingeht. Darüber hinaus wurde auch nicht auf einen Ausgleich des bestehenden Zuschussbedarfes im Einzelplan 4, Bereich "Asyl", des Verwaltungshaushaltes für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 eingegangen. Aufgrund der angespannten Haushaltslage des Saale-Orla-Kreises, die sich aufgrund finanzieller Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Landkreis selbst und seine kreisangehörigen Gemeinden und Städte unter Umständen noch verschärfen kann, ist es erforderlich, die bestehenden Fehlbeträge bei Leistungen des Saale-Orla-Kreises nach dem

Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) im Zuge der Auftragsverwaltung für den Freistaat Thüringen umgehend durch den Freistaat Thüringen selbst ausgleichen zu lassen bzw. die Gründe zu erfassen, die zur Entstehung der Fehlbeträge führten. Verantwortliche hierfür sind dann gegebenenfalls zum Schadenersatz heranzuziehen. Aufgrund zurückgegangener Asylbewerberzahlen im Saale-Orla-Kreis sollte auch die personalkostenintensive "Stabsstelle Ausländerwesen/ Integration" aufgelöst und Personalkosten hierfür eingespart werden. Zur Abwendung von finanziellen Schäden für den Saale-Orla-Kreis wird daher nach § 8 der Geschäftsordnung für den Kreistag des Saale-Orla-Kreises beantragt, dass der Kreistag o.g. Beschluss fassen möge.

gez.

Uwe Thrum

Stellv. Fraktionsvorsitzender der

AfD-Fraktion